

Eon stoppt Pläne für Atom-Bad-Bank

ENERGIE Die Kernkraftwerke bleiben im Konzern. Das Unternehmen reagiert auf ein geplantes Haftungsgesetz

VON **BERNWARD JANZING**

FREIBURG taz | Der Energieversorger Eon ändert schon wieder seine Strategie: Die Atomkraftwerke des Unternehmens sollen nun doch nicht im Rahmen einer Konzernaufspaltung der neuen Firma Uniper übergeben werden. Sie sollen unter dem Dach des Konzerns verbleiben. Damit reagiert Eon-Chef Johannes Teysen auf die Pläne des Bundeswirtschaftsministeriums, per Gesetz zu verhindern, dass Unternehmen so aus der Verantwortung für die Atommüllentsorgung und den Rückbau der Meiler flüchten.

Nach der bisherigen Rechtslage muss eine Firma nur für eine Nachhaftungsphase von fünf Jahren für die Kosten des Atommülls geradestehen, wenn sie die Reaktoren an ein neues Unternehmen überträgt. Um solche Konstruktionen im Stil

einer „Bad Bank“ zu unterbinden, hat Sigmar Gabriel in den vergangenen Wochen ein Nachhaftungsgesetz entwerfen lassen, das er nun „so schnell wie möglich ins Kabinett“ einbringen werde, wie er kürzlich sagte.

Daraufhin bekam Eon kalte Füße. Zwar betont der Konzern, er halte ein solches Gesetz für verfassungswidrig. Gleichwohl wolle er einen jahrelangen Rechtsstreit nicht abwarten – und plante daher flugs um. „Mit dieser Entscheidung beugen wir Risiken für die Umsetzung unserer Konzernstrategie vor“, sagte Eon-Chef Teysen. 2.300 Mitarbeiter der Atomsparte, die ursprünglich zur neuen Firma Uniper wechseln sollten, verbleiben nun doch bei Eon.

An der Zweiteilung des Konzerns hält das Eon-Management aber weiterhin fest. Die Firma Uniper soll wie geplant zum Jahreswechsel starten, und nun

lediglich das Kohle- und Gasgeschäft von Eon weiterführen. Eon selbst wird neben der Atomkraft auch die erneuerbaren Energien und die Energienetze behalten. Die Atomkraft, behauptet Teysen, sei „nie ein wesentlicher Treiber“ für die Aufspaltung des Unternehmens gewesen.

Atomkraftgegner bewerten das freilich anders: Eons Rückzug nach der Vorstellung von Gabriels Nachhaftungsgesetz sei „der Beweis dafür, dass es bei der gescheiterten Abspaltung der Atomsparte in erster Linie darum ging, die Kosten den Steuerzahlern aufzudrücken“, sagte am Donnerstag Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „Ausgestrahlt“.

Unterdessen präsentierte Eon bereits die Pläne der neuen Firmenstruktur: Das Atomgeschäft des Konzerns soll nun von einer



Gehört zu Eon – und bleibt auch bei Eon: AKW an der Isar bei Landshut Foto: Kosecki/imagio

gesonderten operativen Einheit mit dem Namen „PreussenElektra“ in Hannover gesteuert werden. Damit lebt ein früherer Unternehmensname wieder auf: PreussenElektra war einst der zweitgrößte Stromversorger in Deutschland, ehe das Unternehmen im Jahr 2000 durch Fusion mit dem Bayernwerk in der Firma Eon aufging.

Die Börsianer hatten am Donnerstag wenig Freude am Strategiewechsel: Mit einem Einbruch von zeitweise 6 Prozent gegenüber dem Vortag war die Eon-Aktie der schlechteste Wert im Aktienindex DAX. Dabei spielte auch die Eon-Mitteilung eine Rolle, dass der Konzern für das laufende Quartal einen Wertberichtigungsbe-

darf „in der Größenordnung eines höheren einstelligen Milliarden-Euro-Betrags“ erwarten, der vor allem vom Strompreisverfall im Großhandel getrieben ist. Die Wertberichtigungen würden „zu einem erheblichen Konzernjahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2015 führen“, ließ Eon wissen.

Meinung + Diskussion SEITE 12